

EDITORIAL

Verborgene Aspekte der Katastrophe

Florian Coulmas

Das große Hanshin-Erdbeben vom 17. Januar 1995 hatte eine Stärke von 7,3 auf der japanischen Skala. Es forderte 6434 Todesopfer und ca. 44.000 Verletzte. 100.000 Gebäude wurden völlig zerstört. Die geschätzte Gesamtsumme der Schäden betrug 75 Mrd. Euro. Diese Katastrophe wird von der des mit einem gigantischen Tsunami verbundenen Erdbebens in Tohoku am 11. März dieses Jahres noch in den Schatten gestellt.

Das Beben hatte die nie registrierte Stärke 9 auf der japanischen Skala und löste eine Flutwelle aus, die über einen 400 kilometerlangen Küstenstreifen Verwüstung anrichtete und manche Dörfer komplett hinwegspülte. Bisher (23.4.2011) beträgt die Zahl der identifizierten Todesopfer 14.084. Weiterhin vermisst werden 13.511. Man wird mit 28.000 Toten rechnen müssen, denn die meisten Vermissten wird man zweifellos nie finden. Sie sind im Meer verschwunden. Mehr als 130.000 Menschen sind noch in Notunterkünften untergebracht. Zahlreiche Kinder sind von ihren Familien getrennt worden, mehr als 100 sind verwaist. Von der Regierung wird der Sachschaden bereits jetzt auf 220 Mrd. Euro geschätzt.

In den drei Präfekturen Miyagi, Iwate und Fukushima hat die Katastrophe die gravierendsten Folgen; keineswegs im Atomkraftwerk Fukushima 1, wie es die deutsche Presse Glauben machte. Die stürzte sich mit entfesselter Sensationslust auf den Reaktorunfall und ließ den wahren Schauplatz der Tragödie im Hintergrund verschwinden.

Zwischen einer innenpolitischen Plagiatsaffäre und humanitären Heldentaten westlicher Mächte in Libyen erschien Japan kurzfristig auf dem Radarschirm der deutschen Medien, denn Deutschlands Lieblingsthema war gefragt: Von Mainz bis Mecklenburg zog man sich den „Super-GAU“ und die „Atomhölle“ rein, um sich so richtig schön zu gruseln. Vielleicht ist es legitim, die Ereignisse, die die Öffentlichkeit beschäftigten, ins Verhältnis zu setzen.

Bei der Operation in Libyen waren Tote von vornherein einkalkuliert – um die Welt zu verbessern, versteht sich. Die ersten etlichen Dutzend sind inzwischen gefallen, u.a. auch durch „friendly fire“. Über Fukushima hingegen wird hauptsächlich spekuliert. Bei dem lädierten Kraftwerk sind 23 Arbeiter zu Schaden gekommen,

durch mechanische Unfälle bei Reparaturarbeiten; zwei sind unmittelbar nach dem Erdbeben umgekommen. 20 waren gesundheitsbedrohender Strahlung ausgesetzt, drei von ihnen in schwerwiegendem Maße. Durch aus den beschädigten Reaktoren ausgetretene Radioaktivität ums Leben gekommen ist bisher niemand. Ob in der Folge des Unfalls Opfer zu beklagen sein werden, ist nicht bekannt. Einstweilen hat jedenfalls die westliche Intervention in Libyen mehr Todesopfer gefordert als der Reaktorunfall in Fukushima, aber erstere verschwinden in der Wahrnehmung hinter letzteren.

In Japan geht unterdessen das Leben weiter, fern vom Armageddon. Gewiss, die Sorge um das Atomkraftwerk wird ernst genommen, und es wird intensiv an technischen Lösungen gearbeitet. Gleichzeitig heischen jedoch viele andere dringende Probleme Aufmerksamkeit, die hunderttausende Menschen betreffen. Sich mit Vermutungen und Horrorszenarios zu beschäftigen, ist nicht die Zeit. Praktische Entlastung für die Menschen in Not ist angesagt. Die Hauptkatastrophe hat nicht in Fukushima stattgefunden.

Wie kommen Lebensmittel, Medikamente und andere dringend benötigte Güter in das Katastrophengebiet? Eine einfache Frage mit komplizierten Antworten. Jeder packt mit an und zwar da, wo er etwas ausrichten kann. Keidanren, der Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen, hat kurzentschlossen die Logistik der Hilfsgüterverteilung übernommen und entlastet dadurch die Behörden. In großer Geschwindigkeit hat der Verband ein Transportsystem aufgebaut, mit dem zum Teil an der zerstörten Infrastruktur vorbei Güter in die betroffenen Gebiete gebracht werden. Schon pendeln Schiffe 1000 km zwischen Kobe und Hachinohe, knapp nördlich des Katastrophengebiets.

Die Naturkatastrophe zieht Kreise, die weit über das Katastrophengebiet hinausgehen und keineswegs nur oder hauptsächlich wegen möglicher Strahlenbelastung. Das Leben muss weitergehen und soweit möglich auf normale Weise. Tokyo, die Schaltzentrale Japans, mit Strom zu versorgen, ist eine für das Funktionieren des ganzen Landes wichtige Aufgabe. Im Großraum der japanischen Hauptstadt leben fast 40 Millionen Menschen. Was schlecht für sie ist, ist schlecht für das Land.

Weil das schwere Erdbeben die automatische Abschaltung mehrerer Kraftwerke verursachte und durch andere Folgen des Bebens ist in Frage gestellt, dass Tokyo in uneingeschränktem Maße mit Elektrizität beliefert werden kann. Die Regierung und Tepco, der größte Anbieter, machten Pläne für zeitweilige Stromsperrungen in einzelnen Gebieten. Die Wirtschaft war dagegen und forderte stattdessen, flächendeckend zu sparen. Besser eine gleichmäßige Versorgung auf niedrigerem Niveau als neun Stunden volle Versorgung und drei Stunden gar keine. Für Produktionsfirmen ebenso wie im Servicebereich ist das leichter zu verkraften und deshalb besser fürs Land, obwohl die Wirtschaft auch dadurch Einbußen erleidet.

Das Nahverkehrssystem Tokios wurde durch das Erdbeben fast komplett lahmgelegt und es wird immer wieder gestört. Seit dem 11. März hat es im Großraum Tokyo

über 70 Nachbeben der Stärke 4 oder mehr gegeben. Mit weiteren Nachbeben wird gerechnet. Wie kann sich die Bevölkerung und wie kann sich ein Verkehrssystem, das täglich zig Millionen Passagiere befördert, darauf einstellen?

Probleme dieser Art sind es, mit denen sich die Verantwortlichen in Japan zurzeit rund um die Uhr beschäftigen, weil sie Auswirkungen für Millionen haben. Für die Presse sind sie weniger reizvoll als der drohende Atomtod und die ach so unergründliche japanische Volksseele.

Japan ist ein technisch hochentwickeltes Land. Technik löst Probleme und schafft neue, wenn sie mit Naturgewalten und den von Menschen geschaffenen Lebensverhältnissen kollidiert. Sich vor der Gewalt der Natur zu schützen, wenn wir sie schon nicht beherrschen können, und die durch Technik geschaffenen Gewalten unter Kontrolle zu halten, darum dreht sich die Geschichte der Menschheit. Das ist bei der Zähmung der Wasserkraft durch Stau- und Irrigationssysteme, beim Kohlebergbau und bei der Förderung von Erdöl und Gas nicht anders. Die Entwicklung und Anwendung all dieser Technologien hat viele Menschenleben gekostet, weit mehr als die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Daran zu erinnern, heißt nicht, die Risiken der Kernenergie zu verharmlosen oder zu unterschätzen. Allein, man muss auch die Maßstäbe nicht aus dem Blick verlieren. Nach dem jetzigen Stand der Erkenntnis sind bei der Naturkatastrophe vom 11. März mehr als 1000 mal so viele Menschen ums Leben gekommen als Menschen als Folge davon einem gefährlichen Strahlenrisiko ausgesetzt wurden. Noch ist zudem nicht bekannt, ob die Techniker es schaffen, die beschädigten Reaktoren ungefährlich zu machen. Sollte ihnen das gelingen, wäre das ein Triumph der Technik, nicht ihr Versagen.

Erst wenn sich der Staub gesetzt hat, wird die Diskussion über die Zukunft der Kernenergie in Japan neu geführt werden; hoffentlich anders als im deutschen Wahlkampf und anders als in der deutschen Presse. Die Wissenschaft wird gefordert sein, nüchtern und mit Augenmaß über das Leben in der urbanisierten Gesellschaft, ihr Verhältnis zur Natur, die lebensnotwendige Energieversorgung und die institutionellen Strukturen für die Gewährleistung von Sicherheit zu diskutieren. Der Austausch zwischen Japan und Deutschland, zwischen Asien und Europa, kann dabei eine nützliche Rolle spielen.